

WP-03 Ein Land der Chancen

Gremium: Landesvorstand NRW
Beschlussdatum: 01.10.2026
Tagesordnungspunkt: 2. Änderungsanträge Landtagswahlprogramm

Text

Wir wollen ein Bildungssystem, in dem jedes Kind eine echte Chance bekommt. Wir wollen, dass jedes Kind seine Fähigkeiten und Talente entfalten kann – von der Kita bis zur Ausbildung, vom Klassenzimmer bis zum Hörsaal. Im Mittelpunkt stehen für uns die Menschen mit ihren unterschiedlichen Stärken und Bedürfnissen und ihrem Recht auf gute Bildung und lebenslanges Lernen.

Unsere Bildungspolitik setzt dort an, wo Menschen sie am dringendsten brauchen. Wo Kitas und Schulen an ihre Grenzen kommen, weil Personal fehlt oder Gebäude marode sind, investieren wir gezielt und schaffen bessere Bedingungen. Wo starre Vorgaben gutem Unterricht im Weg stehen, schaffen wir mehr Spielraum für die, die jeden Tag vor Ort arbeiten.

Bildungserfolg darf nicht vom Elternhaus abhängen. Dazu gehört eine frühkindliche Bildung, die bereits vor dem ersten Schultag ansetzt, damit kein Kind zurückbleibt, bevor es überhaupt eine Chance hatte. Dazu gehören Schulen, an denen niemand ausgeschlossen wird – unabhängig von Herkunft, Behinderung oder sozialer Lage. Und dazu gehören Ausbildung und Studium, die allen offenstehen, nicht nur denen, die es sich leisten können.

Gegenüber Diskriminierung, Rassismus und Queerfeindlichkeit im Bildungsalltag positionieren wir uns klar: Jeder junge Mensch soll sich in Kita, Schule, Ausbildung oder Hochschule sicher fühlen. Sie alle gehören zu NRW. Wo Hass und Ausgrenzung Lernorte bedrohen, stehen wir an der Seite der Betroffenen und handeln konsequent.

Uns geht es um ein Bildungssystem, das Familien im Alltag entlastet, den digitalen Wandel begleitet und Talente unabhängig von ihrer Herkunft fördert; ein System, das Chancen eröffnet, Vielfalt lebt und Zukunft ermöglicht. Diese Überzeugung treibt unsere Arbeit seit fast fünf Jahren an: Wir haben Investitionen in Kitas, Schulen und Ausbildung priorisiert und überfällige Reformen angestoßen. Noch nie hat das Land so viel Geld für Bildung ausgegeben wie jetzt unter einer schwarz-grünen Regierung. Darauf bauen wir auf: für jedes Kind und jeden jungen Menschen in diesem Land, chancengerecht statt vom Zufall abhängig, mit dem klaren Ziel, dass nicht Herkunft über den Bildungserfolg entscheidet, sondern Fähigkeiten, Talente und eigene Ziele.

Wir stärken frühkindliche Bildung von Klein an

Für einen guten Bildungsstart

Wir wollen die besten Bildungschancen für alle Kinder. Wir wollen, dass jedes Kind gut aufwachsen und sich entfalten kann. Jedes Kind soll mit den besten Voraussetzungen ins Leben starten. Bildungsgerechtigkeit entscheidet sich vor dem ersten Schultag. Hier setzen wir an. Frühkindliche Bildung muss sich konsequent am Kind orientieren. Wir haben die Kindertagesbetreuung in NRW in den vergangenen Jahren deutlich ausgebaut. Die Zahl der Kita-Plätze ist gestiegen, gleichzeitig ist auch die Zahl der pädagogischen Fachkräfte deutlich angewachsen. Und wir investieren Rekordsummen in die frühkindliche Bildung: im Haushaltsjahr 2027 stehen 6,5 Milliarden Euro für Kitas und Kindertagespflege bereit – rund 2,1 Milliarden Euro mehr als noch im Jahr 2022.

39 Mit der Weiterentwicklung des Kinderbildungsgesetzes haben wir bereits bewusst die
40 Sprachbildung in den Fokus gerückt und auch finanziell gestärkt. Denn Sprache ist der
41 Schlüssel zu Teilhabe und Selbstbestimmung. Wir setzen auf eine kontinuierliche,
42 alltagsintegrierte Sprachbildung in den Kitas, die Entwicklungsstände früh erkennt,
43 dokumentiert und begleitet. Die Dokumentation der Sprachstandsentwicklung soll digital
44 erfolgen, auch zur Arbeitserleichterung der Fachkräfte. Den Übergang von der Kita in die
45 Grundschule wollen wir weiter stärken.

46 Ein regelmäßiger Kita-Besuch verbessert die Bildungs- und Teilhabechancen von Kindern
47 erheblich. Wir bauen deshalb mögliche Hürden ab, die einem verlässlichen mehrjährigen Kita-
48 Besuch heute noch im Weg stehen und gehen niedrigschwellig auf Eltern zu, um sie von den
49 Chancen des Kita-Besuchs zu überzeugen. Es ist unser Ziel, dass jedes Kind mindestens im
50 letzten Jahr vor der Einschulung eine Kita besucht. Deshalb wollen wir das letzte Kita-Jahr
51 verbindlich gestalten.

52 Kein Kind soll hungrig in der ersten Schulstunde oder im Morgenkreis der Kita sitzen.
53 Deswegen arbeiten wir mit Angeboten daran, dass das der Vergangenheit angehört.

54 Wo die Startbedingungen am schwierigsten sind, muss der Staat am stärksten unterstützen.
55 Dafür haben wir den Kita-Sozialindex entwickelt, denn wir wollen unsere Ressourcen gezielt
56 dort einsetzen, wo das Geld am meisten gebraucht wird und die Herausforderungen am größten
57 sind. Deshalb setzen wir mit dem Ausbau der Chancen-Kitas genau dort an, wo Kinder die
58 Unterstützung am dringendsten brauchen – durch aufsuchende Sozialarbeit und gezielte
59 Sprachförderung.

60 Kitas müssen verlässlich sein. Wenn Betreuungszeiten kurzfristig ausfallen oder reduziert
61 werden, bringt das den Alltag von Familien durcheinander und stellt insbesondere
62 berufstätige Eltern vor große Probleme. Gute frühkindliche Bildung, gute Arbeitsbedingungen
63 für die Beschäftigten in Kitas und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf gehören für uns
64 zusammen. Daher benötigen wir neben den Kitas auch in Zukunft die Kindertagespflege als eine
65 tragende Säule der frühkindlichen Bildung und Betreuung. Wir wollen Kitas so aufstellen,
66 dass Familien sich auf ihre Betreuung verlassen können und Kinder verlässliche Strukturen
67 erleben.

68 Für eine weiterhin hohe Qualität in den Kitas brauchen wir mehr Fachkräfte. Dem
69 Fachkräftemangel im Elementarbereich begegnen wir deshalb mit neuen Wegen in den Beruf:
70 Kinderpfleger*innen sollen sich berufsbegleitend zur Erzieher*in qualifizieren können, ohne
71 noch einmal eine komplette Ausbildung durchlaufen zu müssen. Wir bauen praxisintegrierte
72 Ausbildungsplätze weiter aus und erleichtern die Anerkennung ausländischer Abschlüsse, denn
73 der Einsatz von guten Erzieher*innen darf nicht an Bürokratie scheitern. Auch die
74 Fachkräfteoffensive wollen wir weiterführen und ausbauen.

75 Weil gute Kitas eine zuverlässige Finanzierungsgrundlage brauchen, bauen wir das aktuelle
76 Finanzierungssystem um. Die Umsetzung der Kita-Formel für ein neues, bürokratiearmes und
77 bedarfsgerechteres System wollen wir vorantreiben und insbesondere das Kind und seine
78 Bedarfe in den Fokus nehmen. Finanzielle Spielräume, die sich durch den Bürokratieabbau und
79 durch sinkende Kinderzahlen ergeben, wollen wir für die Stärkung der Qualität der
80 frühkindlichen Bildung einsetzen. Damit Inklusion gelingen kann, müssen die finanziellen und
81 personellen Ressourcen bereitgestellt werden. Für uns gilt: Gute Chancen beginnen in der
82 Kita. Wir wollen, dass jedes Kind von Anfang an die besten Voraussetzungen für seinen
83 weiteren Weg bekommt.

84 Medienbildung von Anfang an

85 Medienbildung gehört für uns von Anfang an dazu. Dazu wollen wir insbesondere die Eltern
86 sensibilisieren. Weil digitale Medien den Familienalltag schon in den ersten Lebensjahren
87 prägen, verankern wir Medienkompetenz als festen Baustein der Frühen Hilfen: Wir
88 qualifizieren Fachkräfte, bauen niedrigschwellige Beratung aus und unterstützen Eltern
89 dabei, ihre Kinder von Anfang an sicher durch die digitale Welt zu begleiten.

90 Digitalisierung soll zugleich die Arbeit in unseren Kitas einfacher machen. Digitale
91 Anwendungen können Fachkräfte bei Dokumentation, Organisation und Verwaltung entlasten und
92 so mehr Zeit für die Arbeit mit den Kindern schaffen. Dafür wollen wir die digitale
93 Ausstattung der Kitas verbessern und auch Bundesmittel für die Finanzierung notwendiger
94 Endgeräte nutzen.

95 Wir geben Kindern, Jugendlichen und Familien Rückhalt

96 Familien im Alltag begleiten

97 Familie ist dort, wo Menschen dauerhaft Verantwortung füreinander übernehmen. Familien sind
98 so vielfältig wie unsere Gesellschaft. Familien geben Halt, sind Ort von Fürsorge, Erziehung
99 und Pflege und sind damit von unverzichtbarem gesellschaftlichen Wert, der weit über das
100 Private hinausreicht. Deshalb ist es unsere Aufgabe, allen Familienformen echte
101 Wahlfreiheit, Anerkennung und verlässliche Unterstützung zu ermöglichen.

102 Eltern sind die ersten Bildungsbegleiter ihrer Kinder. Familien bewegen heute viele Fragen
103 und Herausforderungen und der Beratungsbedarf wächst. Deshalb stärken wir die
104 Familienbildung als wichtigen Teil der Bildungskette und unterstützen Familien frühzeitig
105 und niedrigschwellig in ihrer Erziehungs- und Bildungskompetenz. Familienzentren sind
106 hierfür gute Orte des Austauschs und der Beratung. Ihr Angebot in NRW wurde stetig
107 erweitert. Diese Struktur muss nun weiter verbessert werden. Deshalb bündeln wir bestehende
108 Angebote gezielt und verzahnen Familienbildung, -pflege und -beratung besser miteinander.
109 Dabei schauen wir besonders dorthin, wo der Bedarf am größten ist. Dort bauen wir die
110 Angebote gezielt aus und erleichtern Familien den Zugang, mitgestaltet von Kindern,
111 Jugendlichen und Eltern selbst.

112 Teilhabe ermöglichen: Mit der Kidz-/YouthCard

113 Jedes fünfte Kind in NRW wächst in Armut auf. Das ist eine gesamtgesellschaftliche
114 Herausforderung mit direkten Folgen für Bildungschancen und das spätere Leben.
115 Bildungsgerechtigkeit hängt nicht nur von guter Kita und Schule ab, sondern auch davon, ob
116 sich Familien Sportverein, Musikschule, Mittagessen, Nachhilfe oder die Klassenfahrt leisten
117 können. Wir setzen uns für eine landesweit einheitliche Kidz-/YouthCard ein, die Kindern und
118 Jugendlichen unkompliziert Zugang zu Teilhabe verschafft. Die Finanzierung der Karte soll an
119 die Bundesmittel für Bildung und Teilhabe gekoppelt werden, um diese besser auszuschöpfen.
120 Darüber hinaus sollen sowohl das Land als auch die Kommunen eigene Angebote ergänzen können
121 – etwa kostenlosen Nahverkehr, freien Eintritt in Museen oder weitere Vergünstigungen vor
122 Ort.

123 Kinderschutz, der wirkt

124 Kinder brauchen unseren Schutz, denn sie sind besonders verletzlich und überdurchschnittlich
125 von Gewalt betroffen. NRW nimmt eine Vorreiterrolle bundesweit im Kinderschutz ein – diese
126 wollen wir weiter ausbauen. Unser Ziel ist es, Kinderrechte im Alltag von Familien, Schulen,
127 Kitas, Vereinen und der Kinder- und Jugendhilfe sichtbar zu machen und ihre Umsetzung zu
128 stärken.

Wir entwickeln verbindliche Qualitätsstandards für Kinderschutzkonzepte, die wir gemeinsam mit Kindern, Jugendlichen und Eltern erarbeiten. Wir konkretisieren das bewährte Qualitätsentwicklungsverfahren der Jugendämter durch einen klaren Kriterienkatalog. Jugendämter und freie Träger stärken wir mit einer Qualitätsoffensive aus Fortbildung, Supervision und Vernetzung. Kinderschutzhäuser für kindgerechte, belastungsarme Vernehmungen bauen wir aus, indem wir bestehende Kinderschutzambulanzen weiterentwickeln. In jedem Regierungsbezirk soll mindestens eine Kinderschutzambulanz zur Verfügung stehen. Wir legen ein Programm auf, das Kinderschutzfachkräfte, gerade bei kleineren Trägern, qualifiziert und vernetzt. Auch bei kommerziellen Anbietern wollen wir den Kinderschutz stärken. Und weil ein großer Teil des Kinderalltags in Schulen stattfindet, müssen Kinderschutz und Gewaltprävention fest in der Schulentwicklung verankert werden.

Wenn Kinder oder Familien in Konflikt mit der Jugendhilfe geraten, brauchen sie unabhängige Ansprechstellen. Wir legen landesweit verbindliche Mindeststandards für Ombudsstellen fest: unabhängig, barrierefrei, mehrsprachig und flächendeckend erreichbar. Für uns steht fest: Hilfe in Notsituationen für Kinder und Familien darf nie an der Finanzkraft einer Kommune scheitern. Doch zugleich können aufwendige, individualpädagogische Hilfen kleinere Jugendämter finanziell überfordern. Wir suchen daher gemeinsam mit den Kommunen nach tragfähigen Lösungen.

Mit der unabhängigen Beauftragten für Kinderschutz und Kinderrechte ist in NRW eine wichtige neue Struktur geschaffen worden. Wir wollen diese Stelle zu einer starken und sichtbaren Anlaufstelle für Kinder und Jugendliche weiterentwickeln. Dafür benötigen wir ausreichende personelle und finanzielle Ressourcen und eine enge Verzahnung mit den kommunalen Kinderschutznetzwerken.

Bei Verdacht auf Gewalt gegen Kinder leiten wir einen Paradigmenwechsel ein und verzahnen familiengerichtliche und strafrechtliche Verfahren konsequent. Durch die Bündelung richterlicher Zuständigkeiten und die enge Vernetzung von Gerichten, Polizei, Jugendämtern sowie Hilfsangeboten beschleunigen wir Verfahren, verhindern Re-Traumatisierungen und ersparen Kindern belastende Mehrfachvernehmungen. Kinder und Jugendliche müssen in Verfahren, die sie betreffen, tatsächlich Gehör finden.

Erwachsenen Personen, die in ihrer Kindheit oder Jugend Opfer von sexualisierter Gewalt in Institutionen oder auch in der Familie geworden sind, wollen wir eine Stimme geben. Zurecht fordern sie ein Recht auf Aufarbeitung ein. Die Ergebnisse der Kommission für die Aufarbeitung sexualisierter Gewalt gegen Kinder und Jugendliche nehmen wir daher sehr ernst und wollen die Umsetzung der Forderungen sorgfältig prüfen und angehen.

Besondere Lebenslagen begleiten

Manche Kinder und Jugendliche brauchen einen zweiten Blick. Pflegefamilien geben ihnen Sicherheit und ein familiäres Zuhause. Wir entwickeln das Konzept der Westfälischen Pflegefamilie zum Modell „Nordrhein-Westfälische Pflegefamilie“ weiter, mit einheitlichen Qualitätsstandards, verbindlicher Fortbildung und einer landesweiten Hotline, die Pflegefamilien in Krisen schnell und unbürokratisch berät und unterstützt. Jugendliche, die aus der Jugendhilfe herauswachsen, dürfen danach nicht allein gelassen werden: Wir bauen verlässliche kommunale Netzwerke auf, die sie beim Übergang in Ausbildung, Studium, Beruf und eigenes Wohnen langfristig begleiten.

Mädchen sollen frei, sicher und selbstbestimmt aufwachsen und ihren eigenen Weg gehen können. Deshalb stärken wir ihre Chancen in Bildung, Gesundheit, Sport und Beruf, schützen sie vor geschlechtsspezifischer Gewalt und Diskriminierung und machen vielfältige weibliche Vorbilder sichtbarer.

176 Auch Jungen brauchen Unterstützung dabei, sich frei von starren Rollenbildern und
177 problematischen Vorbildern in sozialen Medien zu entwickeln und einen guten Umgang mit
178 Konflikten und Gewalt zu lernen. Wir treten für ein positives, verantwortungsvolles
179 Rollenbild von Jungen und männlichen Vorbildern ein. Deshalb stärken wir
180 geschlechterreflektierte Jungenarbeit gezielt mit präventiven Angeboten und qualifizierten
181 Fachkräften.

182 Jugendarbeit stärken

183 Gute Jugendarbeit erreicht junge Menschen dort, wo sie sind, und nimmt ihre Lebensrealität
184 ernst – von Sorgen um Armut, Ausbildung und Familie bis zu Krieg und Klimawandel. Der
185 Kinder- und Jugendförderplan NRW ist das wichtigste und zentrale Förderinstrument des
186 Landes, um Kinder und Jugendliche zu unterstützen und ihre Teilhabe zu stärken. Daher werden
187 wir die Dynamisierung fortsetzen und Kinder und Jugendliche selbst bei der Erarbeitung der
188 Schwerpunkte des nächsten Kinder- und Jugendförderplans einbeziehen.

189 Mit einem Landesprogramm „Digital Streetwork – Jugend NRW“ bringen wir aufsuchende
190 Sozialarbeit ins Netz, also dorthin, wo viele Jugendliche einen Großteil ihrer Zeit
191 verbringen und schützen sie so früher vor mentalen Krisen und Radikalisierung. Jugendarbeit
192 für geflüchtete Kinder und Jugendliche verankern wir dauerhaft im Kinder- und
193 Jugendförderplan, statt sie von Projekt zu Projekt zu finanzieren. Zugleich richten wir die
194 Jugendarbeit stärker auf die Herausforderungen aus, die junge Menschen heute beschäftigen –
195 von psychischer Gesundheit, Rollenbildern und unterschiedlichen individuellen Bedürfnissen
196 bis zu einem respektvollen, demokratischen und sicheren Miteinander, online wie offline.

197 Freiwilligendienstleistende sollen vom Land ein kostenfreies Deutschlandticket als
198 Anerkennung erhalten.

199 Im ländlichen Raum bauen wir zielgruppenspezifische Angebote, wie Mädchen- und Jungenarbeit,
200 queere und antirassistische Jugendarbeit, gezielt aus, damit gute Jugendarbeit keine Frage
201 des Wohnorts bleibt.

202 Junge Menschen brauchen Orte, die ihnen gehören und in denen sie sich wohlfühlen. Wir
203 schaffen Anreize, bestehende Jugendräume zu modernisieren und neue Treffpunkte zu schaffen.
204 Junge Menschen sollen dabei beteiligt werden, Spiel- und Bolzplätze, Skate-, Calisthenic-
205 und Dirlparks so zu gestalten, dass sie wirklich zu ihren Bedürfnissen passen.

206 Medienkompetenz stärken, digitale Räume schützen

207 Die Sozialen Medien sind für junge Menschen Orte der Kommunikation, Information und
208 Teilhabe. Es sind aber auch Orte, an denen sie Hass, digitaler Gewalt, Cybergrooming und
209 gesundheitlichen Risiken ausgesetzt sind. Kinder und Jugendliche müssen befähigt werden,
210 Desinformation, Hass und manipulative Algorithmen zu erkennen und einzuordnen. Das gilt
211 besonders für den Umgang mit Künstlicher Intelligenz, denn Schüler*innen und Lehrer*innen
212 müssen frühzeitig Chancen und Grenzen von KI kennenlernen. Wir bauen Medienkompetenz und
213 Medienbildung für Kinder, Jugendliche, Eltern und pädagogisches Personal weiter konsequent
214 aus. Dabei bauen wir auf erfolgreichen Angeboten in NRW auf: Angebote wie das „Internet-ABC“
215 und die „Mediencouts NRW“ vermitteln Kindern und Jugendlichen Wissen und Kompetenzen für
216 einen sicheren, selbstbestimmten und kritischen Umgang mit digitalen Medien. Wir wollen
217 solche Angebote stärken und weiter in die Fläche bringen. Gleichzeitig stärken wir mit
218 Angeboten wie „Eltern und Medien“ die Zusammenarbeit von Kitas, Schulen und Eltern, denn
219 gute Medienbildung gelingt am besten gemeinsam.

220 Gleichzeitig reicht Bildung allein nicht: Suchtverstärkende Algorithmen, zielgenaues
221 Targeting und gesundheitsgefährdende Inhalte treffen Kinder und Jugendliche besonders hart.

222 Wir setzen uns deshalb für eine verbindliche Altersgrenze von 13 Jahren für Social-Media-
223 Plattformen ein. Für 13- bis 15-Jährige sollen nur Plattformen zugänglich sein, die den
224 Jugendschutzanforderungen des Digitale-Dienste-Gesetzes (Digital Services Act) entsprechen.
225 Dafür nehmen wir die Plattformen in die Verantwortung. Die Altersprüfung muss
226 datenschutzkonform erfolgen, ohne biometrische Daten. So verbinden wir Schutz und digitale
227 Teilhabe, statt Verantwortung allein auf junge Menschen und ihre Eltern abzuwälzen. Kinder
228 und Jugendliche beziehen wir in die Weiterentwicklung des Jugendmedienschutzes ein und
229 setzen die Handlungsempfehlungen der Unabhängigen Expertenkommission „Kinder- und
230 Jugendschutz in der digitalen Welt“ für NRW konsequent um.

231 Wir machen Schulen und Ausbildung zukunftsfest

232 Für eine neue Schulfreiheit

233 Wir wollen Schulen, in denen Kinder eigenständig und verantwortungsvoll lernen können. Zu
234 oft erstickt ihr Schulalltag in starren Regeln für Lehrpläne, Organisation und Personal. Wir
235 finden: Lehrkräfte sollten bei ihrer pädagogischen Arbeit viel mehr Freiheit haben –
236 getragen von Vertrauen, gemeinsamen Werten, Teilhabe und der Orientierung am Wohl der
237 Kinder. Schulen sollen ihren eigenen Weg gestalten und Profile entwickeln, die zu ihren
238 Schüler*innen, ihren Teams und ihrem Umfeld passen. Vertrauen bildet dabei die Grundlage der
239 Zusammenarbeit zwischen Schulen, Schulträgern, Schulaufsicht, Eltern, Schüler*innen und
240 Politik. Schulen sollen Neues erproben, aus Erfahrungen lernen und Konzepte verändern
241 dürfen, wenn sie sich im Alltag nicht bewähren. Eine Vielfalt von Schulkonzepten erleben wir
242 als Stärke, die wir sichtbar machen wollen.

243 Bildung soll sich am Kind orientieren: Ganzheitliches Lernen heißt für uns, Leistung und
244 Persönlichkeit zusammenzudenken, mit weniger Bürokratie und mehr Wirkung. Wir wollen das
245 Schulsystem mit seinen Bildungsgängen übersichtlicher gestalten und die Durchlässigkeit
246 zwischen ihnen verbessern. Die Strukturen im Schulsystem verschlanken wir dort, wo es
247 pädagogisch sinnvoll ist.

248 Einzelschulen erhalten mehr Verantwortung für ihr eigenes Budget. Dazu gehört auch, dass
249 Grundschulen mit hohem Sozialindex die Schulzeit flexibel auf fünf statt vier Jahre
250 verteilen können, wenn das dem Lerntempo der Kinder entspricht. Jugendliche, deren Abschluss
251 gefährdet ist, fangen wir auf durch feste Kooperationsklassen zwischen Schule und Betrieb,
252 mit eigens dafür bereitgestellter Begleitung. Schulleitungen erhalten gezielte Fortbildung
253 in Organisationsentwicklung.

254 Wie Schulentwicklungsplanung und Schulfinanzierung künftig zwischen Land und Kommunen
255 verteilt werden, wollen wir gemeinsam mit den kommunalen Spitzenverbänden neu verabreden.

256 Das System zur Steuerung von Schulen ist derzeit sehr kompliziert und wenig effizient. Das
257 erschwert es, Schüler*innen gezielt zu unterstützen. Deshalb wollen wir die Zusammenarbeit
258 von Schulen, Schulträgern, Schulaufsicht und Land neu ordnen und Abläufe vereinfachen.

259 Schulen sollen mehr Möglichkeiten erhalten, gemeinsam mit den Kommunen passende Lösungen für
260 ihre Lernorte in der Region zu entwickeln. Dabei geben wir den einzelnen Schulen mehr
261 Entscheidungsspielraum. So wird Verantwortung stärker vor Ort verankert und Bildungsangebote
262 können besser auf die unterschiedlichen Bedürfnisse der Schüler*innen zugeschnitten werden.

263 Lernen, das ins 21. Jahrhundert passt

264 Wir setzen die erfolgreiche Förderung von Einrichtungen der Bildung für nachhaltige
265 Entwicklung und Umweltbildungseinrichtungen weiter fort und ermöglichen Naturerlebnisse für
266 jedes Kind. In den vergangenen fünf Jahren haben wir das Netzwerk geförderter Einrichtungen

267 im Bereich Bildung für nachhaltige Entwicklung und Umweltbildung in NRW massiv ausgebaut;
268 dieses Engagement setzen wir fort und stärken dafür auch die regionalen BNE-Zentren
269 strukturell und finanziell weiter. Konkret wollen wir einen Exkursionstag in jedem Kita- und
270 Schuljahr verankern, ergänzt um jährliche Aktionen an Schulen und Kitas selbst. Etwa dort,
271 wo Außenanlagen im Rahmen der Landesförderprogramme „Coole Schulhöfe“ und „Grüne Kitas“
272 naturnah und unter Beteiligung der Kinder umgestaltet werden.

273 Schule darf nicht bei vorgegebenen Lehrplänen stehen bleiben. Wir setzen auf
274 Gestaltungskompetenzen und auf Projektlernen über Fachgrenzen hinaus. Schulen erhalten
275 regelmäßig Zeit im Stundenplan, um sich fächer- und jahrgangsübergreifend mit aktuellen
276 Themen zu beschäftigen. Wir stimmen Unterricht und den offenen Ganztag besser aufeinander ab
277 und schaffen so einen kindgerechten Tagesablauf mit klarem Rhythmus für Lernen, Spielen und
278 Erholen.

279 Wir machen Schluss mit der Unübersichtlichkeit aus rund 130 Lehrplänen in NRW: wir ersetzen
280 schulformbezogene durch schulstufenbezogene Fachlehrpläne auf Grundlage eines
281 Rahmenlehrplans, wie es andere Bundesländer bereits vormachen. So lernen alle Schüler*innen
282 in einer Altersstufe dieselben Themen, flexibel angepasst an ihr persönliches
283 Leistungsniveau. Das schafft Transparenz, ermöglicht durchlässigere Bildungswege,
284 individuelle Förderung unabhängig von der Schulform und reduziert zugleich Bürokratie und
285 den Aufwand der Schulaufsicht. So erleben Kinder und Jugendliche eine durchgängige,
286 Bildungsbiografie ohne Brüche.

287 Damit trotzdem niemand durchs Raster fällt, legen wir landesweit verbindliche
288 Mindeststandards und darauf aufbauende Kernlehrpläne fest. Sie müssen am Ende der
289 Primarstufe und der Sekundarstufe I erreicht sein, überprüft durch regelmäßige Tests und
290 Monitoring, verantwortet von den einzelnen Schulen gemeinsam mit der Schulaufsicht. In der
291 Sekundarstufe I ermöglichen wir individualisierte Formen von Klassenarbeiten und mündlichen
292 Prüfungen.

293 Wir stärken den Stellenwert von Politik, Sozialwissenschaften und Gesellschaft im Unterricht
294 wieder deutlich, damit junge Menschen unsere Demokratie aktiv mitgestalten können.

295 Gute Schule braucht gutes Personal

296 Unsere Schulen in NRW kämpfen weiter mit Lehrkräftemangel und Unterrichtsausfall. Wir wollen
297 dagegen vorgehen, mit Entbürokratisierung und mit Maßnahmen, die den Lehrberuf attraktiv
298 halten und neues Personal gewinnen.

299 Gute Schule braucht starke Teams und weiß selbst am besten, welches Personal und welche
300 Mittel sie dafür braucht. Schulen sollen flexibel und eigenständig entscheiden können, wie
301 sie Personal- und Sachmittel einsetzen. Dabei orientieren wir uns an den Freiräumen, die
302 Ersatzschulen schon heute nutzen. Auf Grundlage eines schulbezogenen Stellenplans verwalten
303 Schulen künftig auch multiprofessionelle Personalstellen (u.a. Schulsozialarbeiter*innen,
304 Schulpsycholog*innen, Verwaltungsstellen in IT und Administration) selbst, damit Schulen ihr
305 Personal unkompliziert entsprechend ihrer akuten Bedarfe einsetzen können. Jede Schule kann
306 sich so selbst das Team bauen, das sie wirklich braucht. Wir entlasten das pädagogische
307 Personal gezielt von Verwaltungsaufgaben, damit mehr Zeit für das Lehren bleibt. Fach-,
308 Werkstatt- und technische Lehrkräfte sollen eingestellt werden können. Schulsozialarbeit
309 wird mit verbindlichen Standards fester Bestandteil von Schule, mit engerem Austausch
310 zwischen Jugendhilfe und Schule.

311 Wir schaffen gezielte Angebote für Gesundheitsförderung und Prävention gegen Überlastung von
312 Lehrkräften.

313 Für den Seiten- und Quereinstieg in den Lehrberuf möchten wir weiter Hürden abbauen,
314 ebenfalls bei der Anerkennung von ausländischen Studienabschlüssen und Berufserfahrung.

315 Lehrkräfte verstehen wir dabei als Begleiter*innen individueller Lernwege. Kinder und
316 Jugendliche können ihr Lernen aktiv mitgestalten und eigene Stärken entdecken. Fort- und
317 Weiterbildung gestalten wir gemeinsam mit den Hochschulen neu und verbindlicher: mit
318 verpflichtenden Fortbildungen zur wachsenden Heterogenität der Klassen und zum Umgang mit
319 Inklusion und Einwanderungsgesellschaft, zu Vielfalt, Bildung für nachhaltige Entwicklung
320 sowie mit ausgeweiteten Angeboten zu digitalen, auch KI-gestützten Lehr- und Lernformaten.
321 Die Lehramtsausbildung selbst öffnen wir für duale Elemente und Studiengänge.

322 Schulleitungen stärken wir konsequent durch mehr Leitungszeit, größere Autonomie in
323 Personal- und Unterrichtsentwicklung sowie kontinuierlicher Begleitung durch Coaching und
324 Supervision. Mit den Lehrer*innenverbänden gehen wir zudem die überfällige Neubewertung der
325 Lehrer*innenarbeitszeit an. Und wir reformieren das Referendariat mit dem Ziel eines fairen,
326 modernen Vorbereitungsdienstes: flexibel zwischen 18 und 30 Monaten, modular strukturiert
327 und an den individuellen Bedürfnissen der Lehramtsanwärter*innen orientiert.

328 Für einen guten und verlässlichen Ganztag

329 Der Ganztag ist und bleibt für uns der Schlüssel zu echter Chancengerechtigkeit und zur
330 Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Wir halten an der Ausbauoffensive der Offenen
331 Ganztagsschule (OGS) in NRW fest und schreiben sie fort. Klar ist: Der Rechtsanspruch allein
332 reicht nicht, solange Fachkräftemangel und angespannte Haushaltslage Tempo und Qualität
333 begrenzen. Deshalb setzen wir parallel auf neue Ausbildungswege wie die Sozialassistenten mit
334 Schwerpunkt Grundschulbetreuung und auf eine engere, gleichberechtigte Zusammenarbeit von
335 Schule und Jugendhilfe. Wir wollen landesweit verlässliche Qualitätsstandards für den
336 Ganztag schaffen, damit gute Betreuung und Förderung nicht von der Finanzkraft der Kommune
337 oder den Bedingungen vor Ort abhängen. Gleichzeitig stärken wir die Beteiligung von Kindern
338 und Eltern sowie den Kinderschutz. Den gebundenen Ganztag an Grund- und weiterführenden
339 Schulen bauen wir gekoppelt an den Sozialindex und somit den sozialen Herausforderungen in
340 den Nachbarschaften aus. Unser Ziel bleibt ein Ganztag, der nicht nur verlässlich, sondern
341 auch in seiner Qualität allen Kindern und Beschäftigten gerecht wird.

342 Inklusion: Schule als Ort ohne Ausgrenzung

343 Jedes Kind soll genau die Unterstützung erhalten, die es für seinen eigenen Weg braucht,
344 unabhängig von Herkunft, familiärer Situation, Geschlecht, Sprache oder Behinderung. Bei
345 Behinderung ist die Umsetzung der UN- Behindertenrechtskonvention die Leitlinie unserer
346 Bildungspolitik.

347 Individuelle Schulbegleitung bleibt für Kinder unverzichtbar, die ohne sie nicht am
348 Unterricht teilnehmen können. Bei dauerhaftem Bedarf wollen wir längerfristige Bewilligungen
349 ermöglichen, damit Familien nicht jährlich erneut Anträge stellen müssen. Zugleich
350 integrieren wir Schulbegleitung stärker in das multiprofessionelle Team der Schule, mit
351 verbindlich geregelter Qualifikation, pädagogischer Einbindung und fairen
352 Arbeitsbedingungen. Perspektivisch wollen wir pädagogische Klassenbegleitungen als festen
353 Bestandteil multiprofessioneller Teams etablieren. Pflegerische Tätigkeiten müssen fachlich
354 benannt, professionell eingeordnet und entsprechend vergütet werden.

355 Perspektivisch wollen wir jeder Klasse der Primar- und Sekundarstufe I eine pädagogische
356 Klassenbegleitung an die Seite stellen und eine feste, qualifizierte Ansprechperson für
357 Kinder, Lehrkräfte und Schulsozialarbeit. Über den Schulsozialindex erhalten Schulen mit
358 besonderem Bedarf zusätzliche Klassenbegleitungen. Multiprofessionelle Teams bauen wir
359 gezielt um Sonderpädagog*innen und weitere Professionen aus und verankern

360 Inklusionskoordinator*innen auf Schulleitungsebene. Landesweite Baustandards sorgen für
361 Barrierefreiheit und inklusionsfördernde Raumausstattung. Gemeinsam mit der Monitoring-
362 Stelle in NRW erstellen wir einen Aktionsplan Inklusion mit klaren Zielen und verbindlicher
363 Zeitachse. Individuelle Hilfen sollen wo nötig erhalten bleiben, integrieren sich aber
364 künftig in die strukturelle Verantwortung der Schule. Erstmals erarbeiten wir für NRW einen
365 Dyskalkulie- Erlass, um Leitlinien im Umgang mit Rechenschwäche zu geben.

366 So lernen Kinder gemeinsam in vielfältigen Gruppen, in denen Unterschiede selbstverständlich
367 dazugehören, und erfahren Schule als sicheren Ort ohne Ausgrenzung.

368 Kein Kind bleibt zurück: flexible Wege durch die Schulzeit

369 Bildungserfolg darf nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängen. Deshalb streben wir
370 beitragsfreie Bildung an. Wir wollen Ganztagschulen mit Gebührenbefreiung für
371 Geringverdienende und die finanzielle Unterstützung beim Schulstart oder für Schulausflüge,
372 damit kein Kind zurückbleibt. Auf dem Weg dorthin legen wir Höchstgrenzen für die
373 Elternbeiträge in Kitas, Kindertagespflege und offenen Ganztagschulen fest, um insbesondere
374 Familien mit kleinen und mittleren Einkommen zu entlasten.

375 Erfolgreiche Ansätze aus dem Startchancen-Programm werten wir systematisch aus und sorgen
376 dafür, dass bewährte Konzepte schnell allen Schulen in NRW zugutekommen.

377 Unser Ziel ist, Abschlüssen und unfreiwillige Klassenwiederholungen durch bessere
378 individuelle Förderung so weit wie möglich zu vermeiden. Schwierigkeiten beim Lernen wollen
379 wir frühzeitig erkennen und Schüler*innen gezielt unterstützen, damit sie ihren Bildungsweg
380 erfolgreich fortsetzen können, statt durch Rückstufungen zusätzliche Hürden zu erleben. Die
381 Kita kennt die Entwicklung eines Kindes besonders gut und kann deshalb Eltern beim richtigen
382 Zeitpunkt für die Einschulung fachkundig beraten. Mit der Kita-Pflicht im letzten Jahr
383 stellen wir sicher, dass jedes Kind und seine Familie von dieser Beratung profitieren. Das
384 Modell der PRIMUS-Schulen mit längerem gemeinsamen Lernen von der Primarstufe bis zur
385 Sekundarstufe I bauen wir aus.

386 Damit Unterstützung dort ankommt, wo sie am dringendsten gebraucht wird, entwickeln wir den
387 Schulsozialindex weiter. Dabei berücksichtigen wir stärker die tatsächlichen Voraussetzungen
388 und Förderbedarfe der Schüler*innen. Zusätzliche Mittel sollen gezielt Schulen zugutekommen,
389 an denen besonders viele Kinder die Mindeststandards noch nicht erreichen – vor allem in den
390 Grundschulen. Eine datenschutzkonforme Bildungs-ID begleitet Bildungsbiografien über
391 Einrichtungsgrenzen hinweg, vereinfacht Verwaltungsprozesse und verbessert den
392 Datenaustausch zwischen Bildungseinrichtungen. Unterstützung für Familien endet nicht an der
393 Schultür: Wir bauen die Zahl der Familiengrundschulzentren deutlich aus und docken sie an
394 den Sozialindex an, damit sie als multiprofessionelle Netzwerke genau dort ankommen, wo der
395 Bedarf am größten ist.

396 Eine Schule, die trägt

397 Schule muss tragen; gerade dann, wenn junge Menschen krank werden. Psychische Belastungen
398 bei Kindern und Jugendlichen haben spürbar zugenommen: Angst- und Essstörungen, Depressionen
399 und psychosomatische Beschwerden treten früher auf, verlaufen intensiver und bleiben oft
400 unbehandelt. Deshalb braucht Schule Raum und Zeit für echte Beziehungen und Zuhören, Lernen
401 ohne übermäßigen Druck sowie eine an jeder Schule präsente Unterstützung für seelische und
402 soziale Fragen, die Kinder, Jugendliche, Mitarbeitende und Familien gleichermaßen einbindet.
403 Wir wollen, dass diagnostizierte psychische Erkrankungen verbindlich unter den
404 Nachteilsausgleich fallen. Dafür braucht es landesweite Richtlinien, Fortbildungen für
405 Lehrkräfte und transparente, niedrigschwellige Verfahren. Für Schüler*innen mit Long Covid
406 und anderen chronischen Krankheiten wie ME/CFS fordern wir flexible Leistungsbewertungen,

407 individualisierte Präsenzpfllichten im Rahmen der Oberstufenreform sowie rechtssicher
408 abgesicherte hybride und digitale Teilhabe. Kein junger Mensch darf zurückgelassen werden,
409 nur weil das System nicht flexibel genug ist. Bildungsgerechtigkeit heißt für uns,
410 Strukturen so zu gestalten, dass sie wirklich tragen.

411 Schule als Lebensort: Zeit, Bewegung, Beziehung

412 Ein guter Schulalltag braucht mehr als einen vollen Stundenplan. Wir geben Schulen die
413 Möglichkeit, per Beschluss der Schulkonferenz den Schulbeginn auf bis zu 9 Uhr zu legen,
414 damit der Tag besser zum Biorhythmus junger Menschen passt. Gesundes, nachhaltiges
415 Schulessen unterstützen wir gezielt mit Förderprogrammen für Schulen und Schulträger. Mit
416 einer Sport- und Schwimmoffensive bringen wir mehr Bewegung in den Schulalltag. Den
417 Schulsport entwickeln wir weiter und verzahnen ihn enger mit dem Ganzttag. Kulturelle Bildung
418 gehört für uns genauso zur Schule wie Mathematik oder Deutsch: Wir wollen Schulen
419 ermöglichen, die Zusammenarbeit mit Kulturinstitutionen und der Freien Szene nach ihren
420 Bedürfnissen auszubauen. Schulen leben von den Menschen, die sich für sie engagieren.
421 Deshalb bauen wir bürokratische Hürden für ehrenamtliches Engagement an ihnen ab.

422 Schulen als Orte der Demokratie und Toleranz

423 Rassismus, Antisemitismus, Queerfeindlichkeit und andere Formen gruppenbezogener
424 Menschenfeindlichkeit sind Realität im Alltag vieler Menschen, auch in unseren Schulen.
425 Deshalb müssen Schüler*innen und Lehrkräfte gerade auch im Netz für Hass, Hetze und
426 sexualisierte Gewalt sensibilisiert werden. Stigmatisierung und Diskriminierung haben in
427 unserer Gesellschaft genau so wenig zu suchen wie in der Schule. Wir wollen Angebote für
428 Schüler*innen mit Diskriminierungserfahrung schaffen und aufklären. Schüler*innen sind so
429 unterschiedlich wie unsere Gesellschaft es auch ist. Ein Land, das in Vielfalt zusammenhält,
430 zeigt sich gerade in der Schule, egal ob im Lehrplan oder im Klassenzimmer. Dazu gehört auch
431 ein diskriminierungsfreier Sexualkundeunterricht.

432 Wir verstehen Vielfalt und Mehrsprachigkeit als Chance, die wir ausschöpfen wollen. Wer
433 neben Deutsch eine andere Sprache beherrscht, bringt eine zusätzliche Kompetenz mit. Wir
434 stärken deshalb Mehrsprachigkeit von der Kita bis zur Schule und entwickeln den
435 herkunftssprachlichen Unterricht weiter. Damit jedes Kind die gleichen Bildungschancen
436 erhält, stärken wir die durchgängige Bildungssprache Deutsch. Demokratiebildung,
437 Sensibilität für Diskriminierung, Radikalisierungsprävention und rassismuskritische
438 Aufklärungsarbeit etablieren wir verbindlich in den Schulen des Landes. Entsprechende
439 Inhalte nehmen wir in die Fort- und Weiterbildungsplanung auf, damit Lehrkräfte durch
440 regelmäßige Fortbildungen und Handreichungen Handlungssicherheit gewinnen. Dazu gehört auch
441 eine geschlechtersensible Sprache.

442 Programme wie „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ und „Schule der Vielfalt“ sind
443 wichtige Bekenntnisse – aber ein Schild an der Schultür allein verändert noch keinen
444 Schulalltag. Auch an ausgezeichneten Schulen erleben Schüler*innen Rassismus,
445 Antisemitismus, Queerfeindlichkeit und andere Formen von Diskriminierung. Entscheidend ist
446 deshalb, wie Schulen damit umgehen.

447 Wir wollen solche Programme weiterentwickeln und mit verbindlichen Standards koppeln:
448 regelmäßige Fortbildungen, verlässliche Ansprech- und Beschwerdestrukturen, die Beteiligung
449 von Schüler*innen sowie eine regelmäßige Überprüfung der vereinbarten Maßnahmen. Schulen
450 sollen nicht behaupten müssen, frei von Diskriminierung zu sein – sie sollen zeigen, dass
451 sie Diskriminierung erkennen, Betroffene ernst nehmen und konsequent handeln.

452 Gleichzeitig stärken wir rassistis- und diskriminierungskritische Bildung in Unterricht,
453 Lehrplänen und Schulbüchern. Dafür ist es ebenfalls wichtig, die deutsche und europäische
454 Kolonialgeschichte und ihre Auswirkungen bis in die Gegenwart verbindlicher zu behandeln.

455 Wir wollen den islamischen Religionsunterricht als dauerhaftes Regelangebot in NRW sichern
456 und qualitativ weiterentwickeln. Dabei stärken wir eine religiöse Bildung, die die
457 Lebensrealität junger Muslim*innen aufgreift und Demokratie, gesellschaftliche Teilhabe und
458 einen reflektierten Umgang mit Religion fördert. Wir wollen die Stimmen

459 liberaler Muslim*innen in der Kommission für islamischen Religionsunterricht stärken. Die
460 religiösen Inhalte des Unterrichts müssen unabhängig von der Einflussnahme ausländischer
461 Staaten bestimmt werden. Deshalb sollen Verbände, die der Steuerung oder maßgeblichen
462 Einflussnahme ausländischer Regierungen unterliegen, nicht in der Kommission vertreten sein.

463 Angesichts wachsender konfessioneller und religiöser Vielfalt öffnen wir als Angebot den
464 Religionsunterricht für interreligiöse Modelle. Dazu stoßen wir einen institutionalisierten
465 Dialogprozess mit allen beteiligten Kirchen und Religionsgemeinschaften an. Weil der Anteil
466 nicht religiös gebundener Schüler*innen wächst, bauen wir Praktische Philosophie schon ab
467 der Grundschule sowie das Fach Philosophie in den weiterführenden Schulen aus.

468 Schulen sind für uns Orte gelebter Demokratie. Kinder und Jugendliche sollen erleben, dass
469 ihre Stimme zählt, dass sie ihr Umfeld mitgestalten und mitentscheiden können, wann, wo und
470 wie ihr Lernen stattfindet. Mitbestimmung soll für alle Altersstufen selbstverständlich zum
471 Schulalltag gehören, und demokratisches Denken sowie politisches Lernen sollen den gesamten
472 Unterricht durchziehen. Bestehende Maßnahmen zur Demokratieförderung, Antidiskriminierung,
473 Extremismusprävention und zum Mentoring bauen wir aus. Die Expertise zivilgesellschaftlicher
474 Akteur*innen binden wir dabei aktiv in Entwicklungsprozesse ein. Die Mitwirkung der
475 Elternvertretung wird von einer Kann-Regelung zum verbindlichen Standard auf kommunaler
476 Ebene.

477 Gute Räume, gute Technik

478 Digitale Bildung darf nicht vom Wohnort, der Schulform oder dem Schulträger abhängen. Wir
479 setzen uns dafür ein, dass alle Schüler*innen und Lehrkräfte in NRW dauerhaft Zugang zu
480 funktionierender technischer Infrastruktur sowie sicheren, datenschutzgerechten und
481 kostenfreien digitalen Bildungswerkzeugen erhalten. Wir sorgen dafür, dass
482 informationstechnische Grundlagen und eine kritisch-reflektierte KI-Grundbildung allen
483 zugänglich werden. Wir wollen, dass jedes Kind und jede Lehrkraft ein digitales Endgerät hat
484 und wollen die Kommunen auf diesem Weg begleiten. Dazu gehören auch ein Glasfaseranschluss
485 mit mindestens 1 GBit/s symmetrisch, leistungsfähiges WLAN und IT-Assistenz vor Ort. Mit den
486 Städten und Gemeinden entwickeln wir die Lernmittelfreiheit weiter und öffnen sie für neue
487 digitale Inhalte und Anbieter. Digitale Werkzeuge helfen uns zudem, Bildungsqualität
488 sichtbar zu machen: Wir bauen ein durchgängiges Bildungsmonitoring auf, das individuelle
489 Lernverläufe in den Blick nimmt und als verlässliche Grundlage für politische wie
490 pädagogische Entscheidungen dient. So steuern wir Bildung datengestützt und systematisch
491 weiter, statt sie nur zu verwalten.

492 Statt isolierter Softwarelösungen einzelner Schulen oder Kommunen entwickeln wir sie
493 gemeinsam mit anderen Bundesländern, dem Bund und europäischen Partner*innen. Dabei setzen
494 wir prioritär auf quelloffene europäische Angebote. So schaffen wir eine verlässliche,
495 zukunfts feste Grundlage, die gleichzeitig Lehrkräfte entlastet. Dabei ist uns wichtig: Der
496 Betrieb digitaler Werkzeuge darf nicht von Konzernen außerhalb des Rechtsraums der EU
497 abhängen. Daten von Schüler*innen und Lehrkräften müssen in europäischer Hand bleiben und
498 dürfen nicht in die Geschäftsmodelle einzelner Anbieter einfließen. Ergänzend benötigen wir

499 praxisnahe Fortbildungen, die Lehrkräfte befähigen, digitale Werkzeuge im Unterricht
500 einzusetzen und ihren sachgerechten Umgang damit zu vermitteln. Gemeinsam mit
501 Stakeholder*innen erarbeiten wir eine "White List", die datenschutzrechtliche Empfehlungen
502 für digitale Lernwerkzeuge gibt. Zudem fördern wir digitale Lernräume gezielt über die
503 Schule hinaus und verbinden so, bspw. über Bibliotheken, Werkstätten und Jugendzentren,
504 schulisches und außerschulisches Lernen.

505 Auch die Gebäude müssen mithalten: Mit dem "NRW.Plan" investieren wir bereits gemeinsam mit
506 den Kommunen in die Sanierung und Modernisierung unserer Schulen, während wir mit der
507 Altschuldenhilfe des Landes hoch verschuldeten Kommunen neue finanzielle Spielräume
508 verschaffen. Diesen Weg setzen wir fort und unterstützen Schulträger dabei, nachhaltige,
509 innovative und flexible Lösungen umzusetzen. Auch den Hitzeschutz an Schulen treiben wir
510 weiter voran: Unser Programm "Coole Schulhöfe" zur klimaangepassten Gestaltung von 1.000
511 Schulhöfen setzen wir fort und entwickeln es mit dem Ziel weiter, perspektivisch alle
512 Schulhöfe in NRW zu entsiegeln und klimaangepasst zu gestalten. So bleiben die Schulhöfe
513 auch an Hitzetagen kühl. Außerdem wollen wir mit Klimaanlage und Wärmepumpen dafür sorgen,
514 dass die Schulräume in solchen Zeiten erträglich bleiben. Dafür gehen wir auf die
515 Schulträger zu und unterstützen sie bei der Umrüstung.

516 Ausbildung stärken

517 Unser Ausbildungssystem schafft Wohlstand und eröffnet einen verlässlichen Weg ins
518 Berufsleben. Obwohl in NRW jedes Jahr zehntausende junge Menschen vergeblich einen
519 Ausbildungsplatz suchen, bleiben gleichzeitig zehntausende Plätze frei. NRW braucht diese
520 Fachkräfte. Deshalb wollen wir die Ausbildung attraktiver und zugänglicher machen.

521 Bei der Berufsorientierung erhalten Jugendliche Hilfe, um den passenden Ausbildungsberuf zu
522 finden, an jeder Schulform und unabhängig von Abschluss und Geschlecht. Das gilt auch an
523 Hochschulen, für Studierende, die sich beruflich neu orientieren wollen. Wir bauen das
524 bewährte Modell "Kein Abschluss ohne Anschluss" (KAoA) weiter aus, ebenso die
525 Berufseinstiegsbegleitung und Angebote wie "Kurs auf Ausbildung". Für Menschen mit
526 Behinderung verbessern wir die Beratung, bei der Chancen und berufliche Möglichkeiten im
527 Mittelpunkt stehen. Wir unterstützen dafür theoriereduzierte Ausbildungswege und statten
528 Berufsschulen entsprechend barrierefrei aus. Zusätzliche Schulabschlüsse neben der
529 beruflichen Qualifikation sollen leichter erreichbar werden, wodurch auch die Berufskollegs
530 gestärkt werden. Auch berufsbegleitende Weiterqualifizierungen, beispielsweise von
531 Kinderpfleger*in zu Erzieher*in und weiteren Bereichen mit Fachkräftebedarf, sollen möglich
532 gemacht werden.

533 Um Schulabsolvent*innen eine fundierte und breite Berufserkundung im Handwerk zu bieten,
534 gibt es das Pilotprojekt Freiwilliges HandwerksjahrPLUS der Handwerkskammer Ostwestfalen-
535 Lippe. Dabei können Freiwillige innerhalb eines Jahres bis zu vier Ausbildungsberufe
536 kennenlernen. Wir unterstützen die Handwerkskammern bei der flächendeckenden Einführung im
537 Land.

538 Berufskollegs haben eine zentrale Rolle in der beruflichen Bildung. Wir statten sie
539 zeitgemäß digital aus, unterstützen sie mit Personalressourcen sowie mehr eigener
540 Personalverantwortung bei der Stellenbesetzung. Wir initiieren Innovationslabore an bzw. mit
541 Berufskollegs im Zusammenwirken mit den Kammern. Leistungen im Rahmen der dualen Ausbildung
542 sollen stärker für das Studium anerkannt werden. Exzellenz in der beruflichen Bildung wollen
543 wir fördern.

544 Schüler*innen sollen die Möglichkeiten der beruflichen Bildung systematischer und früher als
545 bisher kennenlernen und sich schon in der Schule von den Chancen einer dualen Ausbildung

546 überzeugen können. Dazu setzen wir verstärkt auf Ausbildungsbotschafter*innen,
547 Orientierungstage an Schulen, digitale Beratung, mehr Praxisabschnitte und gendersensible
548 Berufsorientierung. Bei Berufserkundung oder bei Praktika geben wir allen Schüler*innen die
549 Chance, Handwerks- oder Industriebetriebe kennenzulernen, und nehmen Schüler*innen ohne
550 Abschluss gezielt in den Blick.

551 Um mehr Menschen niedrigschwellig den Einstieg in Arbeit zu ermöglichen, setzen wir auf
552 Teilqualifikationen: Berufe werden in einzelne Segmente zerlegt, so dass
553 Langzeitarbeitslose, Menschen mit Behinderung oder Zuwanderungsgeschichte schrittweise bis
554 zur vollständigen Berufsprüfung gelangen können. IHKen und Handwerkskammern in NRW
555 unterstützen wir dabei, dieses Angebot landesweit auszubauen. Gleichzeitig sollen die
556 Berufsbildungszentren technisch auf den neuesten Stand gebracht werden. Hybride Lernformate
557 sorgen dafür, dass niemand wegen zusammengelegter Kurse wochenlang stundenlange Anfahrtswege
558 in Kauf nehmen muss.

559 Wir wollen die Internationalisierung der Ausbildung fördern und mehr Auslandsaufenthalte
560 ermöglichen. Mit einer Informationskampagne zu Erasmus+ und dem direkten Austausch mit
561 kleinen und mittleren Betrieben werben wir für Auslandspraktika während der Ausbildung.

562 Berufliche und akademische Bildung sind gleichwertig. Sie schließen sich nicht aus, sondern
563 ergänzen sich: Wir erleichtern das berufsbegleitende Studium und schaffen zusätzliche duale
564 Studiengänge. Der Meisterabschluss bleibt ein Gütesiegel handwerklicher Arbeit, das wir
565 sichern wollen. Seine Gleichwertigkeit mit dem akademischen Bachelor im Deutschen
566 Qualifikationsrahmen (DQR) muss endlich rechtlich festgeschrieben werden.

567 Azubis unterstützen

568 Für viele junge Menschen scheitert die Ausbildung schon an der Miete, weshalb gerade in
569 Großstädten reihenweise Ausbildungsplätze nicht besetzt werden. Aus diesem Grund möchten wir
570 nach dem Vorbild der Studierendenwerke Auszubildendenwerke schaffen, die bezahlbare
571 Wohnheimplätze, günstiges Essen, Kinderbetreuung und Beratung rund um BAföG und finanzielle
572 Unterstützung bereitstellen.

573 Ausbildung muss sich außerdem flexibler an die Lebensrealität anpassen. Deshalb machen wir
574 Teilzeitausbildungen unter anderem durch flexiblere Modelle der Berufsschulbildung
575 flächendeckend möglich, und führen das erfolgreiche Programm "Teilzeitberufsausbildung –
576 Einstieg begleiten – Perspektiven öffnen" (TEP) landesweit konsequent fort. Das Programm ist
577 besonders wichtig für Eltern nach der Elternzeit und für Menschen, die parallel zu ihrem
578 Sprachkurs eine Ausbildung beginnen möchten. Mit den Handwerkskammern und IHKen wollen wir
579 gemeinsam ein Modell entwickeln, wie die finanzielle Verantwortung für mehr
580 Ausbildungsplätze auf mehr Schultern verteilt werden kann. Gemeinsam mit Betrieben und
581 weiteren Akteuren helfen wir benachteiligten Jugendlichen gezielt dabei, einen
582 Ausbildungsplatz zu finden und zu halten. In noch mehr Branchen wollen wir ein Azubi-Ticket
583 – das vergünstigte Deutschlandticket – umsetzen. Mehr Anerkennung und finanzielle Anreize in
584 den Betrieben machen die Ausbildung insgesamt attraktiver.

585 Wer eine Ausbildung beginnt, braucht die Sicherheit, sie auch beenden zu können. Deshalb
586 setzen wir uns für verlässliche Bleibeperspektiven für Azubis mit ungesichertem
587 Aufenthaltsstatus während der Ausbildung und beim anschließenden Einstieg in das
588 Berufsleben ein. Junge Menschen sollen trotz erfolgreicher Ausbildung und guter Perspektiven
589 nicht um ihren Aufenthalt fürchten müssen. Gleichzeitig geben wir Ausbildungsbetrieben die
590 Sicherheit, dass ihre Investition in Ausbildung und Integration nicht durch eine drohende
591 Abschiebung zunichte gemacht wird.

592 Wir ermöglichen Weiterbildung für ein ganzes Leben

593 Lebenslang lernen – Chancen für alle

594 Weiterbildung darf kein Privileg für Menschen in Großunternehmen sein. Digitale
595 Grundkompetenz gehört für uns in jedes Lebensalter. Gerade ältere Menschen wollen wir mit
596 niedrigschwelligen Angeboten für den Umgang mit digitaler Verwaltung und sozialen Medien fit
597 machen. Auch akademische Weiterbildung gehört für uns dazu: Wir bauen sie an den Hochschulen
598 nach den neuen Möglichkeiten des Hochschulgesetzes aus und verzahnen Hochschulen stärker mit
599 der Arbeitswelt, damit lebensbegleitendes Lernen auf jedem Bildungsniveau möglich wird.

600 Neue Wege in die Berufe, die NRW jetzt braucht

601 Ob Handwerk, Pflege oder frühkindliche Bildung: Wo Fachkräfte fehlen, öffnen wir zusätzliche
602 Türen. Den zweiten Bildungsweg über Volkshochschulen und freie Träger bauen wir aus, damit
603 niemand ohne Schulabschluss oder Ausbildung zurückbleibt. Die Berufskollegs entwickeln wir
604 zu echten regionalen Zentren der beruflichen Weiterbildung. Wir schaffen berufsbegleitende
605 Qualifizierungswege in Mangelberufen wie der Kindertagespflege und dem Lehrpersonal in der
606 Pflege und nutzen konsequent die Fördermöglichkeiten von Arbeitsagentur, Jobcentern und
607 Rentenversicherung, damit mehr Menschen sich einen Quer- oder Seiteneinstieg überhaupt
608 leisten können.

609 Wer sich zum Meister oder zur Meisterin weiterbildet, investiert in die eigene Zukunft und
610 stärkt zugleich unser Handwerk. Mit der Meisterprämie und der ausgebauten
611 Meistergründungsprämie haben wir die berufliche Weiterbildung und den Schritt in die
612 Selbstständigkeit bereits deutlich attraktiver gemacht. Diese Instrumente wollen wir
613 verstetigen und weiterentwickeln – gerade auch, um die Übernahme bestehender Betriebe zu
614 erleichtern und die anstehende Welle von Betriebsnachfolgen zu unterstützen. Zugleich setzen
615 wir uns für mehr Stipendien und eine stärkere Begabtenförderung in der beruflichen Bildung
616 ein. Unser Ziel bleibt die finanzielle und gesellschaftliche Gleichwertigkeit von
617 beruflicher und akademischer Bildung.

618 Der Bildungsscheck bleibt

619 Wer sich beruflich weiterbildet, verdient Verlässlichkeit. Der Bildungsscheck hat sich
620 bewährt und läuft aktuell als Bildungsscheck 2.0 bis 2029. Wir wollen ihn über dieses Datum
621 hinaus dauerhaft fortführen, unabhängig von EU- Förderzyklen, und ihn so weiterentwickeln,
622 dass er einfacher und schneller zugänglich wird. Denn wer erst mühsam Anträge stellen muss,
623 verzichtet im Zweifel lieber ganz auf die Weiterbildung. Auf das Potential, das NRW damit
624 verloren ginge, können und wollen wir nicht verzichten.

625 Damit der gesellschaftliche und wirtschaftliche Wandel des Landes für alle gelingt, wollen
626 wir möglichst viele Menschen für lebensbegleitendes Lernen gewinnen. Wir unterstützen den
627 Ausbau der akademischen Weiterbildung an den Hochschulen nach den neuen Möglichkeiten des
628 Hochschulgesetzes und verzahnen Hochschulen stärker mit der Arbeitswelt, um den
629 Anforderungen der Transformation gerecht zu werden

630 Wir stärken freie und exzellente Hochschulen

631 Verlässliche Finanzierung in schwierigen Zeiten

632 Wissenschaft und Forschung in NRW sind schon heute Weltklasse: von Gesundheitsforschung bis
633 hin zu Cybersicherheit. Genau diese Stärke wollen wir erhalten und ausbauen, denn ohne
634 exzellente Hochschulen keine Innovation „made in NRW“. Freie, von Neugier getriebene
635 Forschung und Grundlagenforschung sind dafür unverzichtbare Grundsteine. Kostenlose
636 Hochschulbildung ist eine Errungenschaft, die wir verteidigen: Sie öffnet Perspektiven und
637 Aufstiegsmöglichkeiten und ist damit ein zentraler Baustein für soziale Gerechtigkeit in

638 NRW. Ebenso wichtig ist inter- und transdisziplinäre sowie anwendungsorientierte Forschung,
639 die konkrete Beiträge zu gesellschaftlichen Herausforderungen erarbeitet, aber genau diese
640 kommt bislang oft zu kurz. Deshalb fördern wir sie gezielter und bauen dazu auch die
641 Johannes-Rau- Forschungsgemeinschaft institutionell weiter aus. Mit den Hochschulen als
642 Orten gesellschaftlicher Verantwortung gehen wir konsequent den Weg zur Klimaneutralität.

643 Wissenschaft braucht Verlässlichkeit, keine Zufallsfinanzierung von Projekt zu Projekt.
644 Unser Ziel: Öffentliche Förderung muss stärker in die Grundfinanzierung der Hochschulen
645 fließen und weniger in befristete Projektmittel, damit Hochschulen wirklich unabhängig von
646 Drittmitteln planen können, auch personell. Wir stehen für eine Wissenschaftspolitik, die
647 Dialog fördert, Perspektiven und Innovation schafft und Spitzenforschung ermöglicht – für
648 Studierende, Lehrende, Forschende und die Gesellschaft als Ganzes. Wir wollen zu einem
649 resilienten Wissenschaftssystem kommen, das ökonomische Krisen und gesellschaftlichen Wandel
650 besser bewältigen kann, das internationalen Spannungen und Konflikten mit Aufklärung und
651 einer klaren Haltung begegnet und das einer vielfältigen, sich stetig wandelnden
652 Gesellschaft entspricht.

653 Kooperation statt Konkurrenz

654 Die Studierendenzahlen gehen etwas zurück und gerade die Umstellung auf G9 führt aktuell zu
655 deutlich weniger Studierenden. Dies führt dazu, dass Hochschulen mehr um Studierende
656 konkurrieren. Damit daraus aber kein Verdrängungswettbewerb wird, setzen wir auf
657 Kooperation, auf gemeinsame Infrastrukturen, aufeinander abgestimmte Studiengänge und den
658 bedachten Abbau echter Doppelstrukturen. Studienangebote und Standorte wollen wir
659 vorausschauend und stärker landesweit abgestimmt weiterentwickeln. Wir sorgen dafür, dass
660 die Studienkapazitäten in Bereichen, die einen besonders hohen Fachkräftebedarf haben –
661 insbesondere wo es darum geht, staatliche Funktionen zu erfüllen –, bedarfsgerecht zeitnah
662 erhöht werden. Kleine Fächer und die regionale Bildungsbeteiligung sichern wir ab.
663 Ausgewählte Studiengänge mit landesweiter Bedeutung etablieren wir als Fernstudiengänge,
664 damit Angebote erhalten bleiben, auch wenn sie sich an einem einzelnen Standort nicht mehr
665 tragen.

666 Machtstrukturen hinterfragen, Mitbestimmung stärken

667 Wer gemeinsam entscheidet, entscheidet besser: Deshalb stärken wir den Senat gegenüber
668 Rektorat und Hochschulrat und machen eine ausgewogene Beteiligung aller Statusgruppen wieder
669 zum Standard, damit nicht über die Köpfe von wissenschaftlichem Mittelbau, Verwaltung und
670 Studierenden hinweg entschieden werden kann. Wir setzen zudem Anreize für studentische
671 Mitwirkung in der Selbstverwaltung der Hochschulen und evaluieren das
672 Hochschulstärkungsgesetz mit dem Ziel, notwendige Verbesserungen vorzunehmen. Das Lehrstuhl-
673 Modell ist ein Relikt, deshalb unterstützen wir Hochschulen beim Umstieg auf
674 Departmentstrukturen, die nicht nur Machtmissbrauch vorbeugen, sondern auch neue
675 Karrierewege unterhalb der Professur eröffnen.

676 Innerhalb der Hochschulen tragen Rektorate und Professor*innen besondere Verantwortung –
677 deshalb stärken wir gezielt ihre Führungskompetenzen. Gute Führung heißt für uns: Vertrauen
678 schaffen, Verantwortung übernehmen und Mitgestaltung ermöglichen. Sie fördert Talente, sorgt
679 für faire Arbeitsbedingungen, schützt vor Machtmissbrauch und zeigt eine klare Haltung gegen
680 Demokratiefeinde.

681 Gute Arbeit an Hochschulen

682 Exzellente Lehre und Forschung gibt es für die, die sie leisten, nicht zum Nulltarif. Auch
683 studentische und wissenschaftliche Beschäftigte verdienen gute und faire Löhne. Dafür wollen
684 wir arbeiten, zum Beispiel mit mehr Verträgen innerhalb des Tarifvertrags der Länder (TVL).

685 Studentische und wissenschaftliche Beschäftigte müssen vollständig nach dem Tarifvertrag der
686 Länder besoldet werden. Wer dauerhafte Aufgaben in Forschung, Lehre, Verwaltung oder
687 Infrastruktur übernimmt, muss auch eine dauerhafte Stelle statt endloser Befristung
688 erhalten. Wir unterstützen die Weiterentwicklung des "Vertrags über gute
689 Beschäftigungsbedingungen" sowie neue Karrierewege neben der Professur und im
690 Wissenschaftsmanagement. Um die Qualität der Lehre zu verbessern, sollen Lehrende außerdem
691 stärker mit den Angeboten der Hochschuldidaktik zusammenarbeiten.

692 Ein Studium, das allen offensteht

693 Ob ohne akademischen Familienhintergrund, mit Zuwanderungsgeschichte oder mit Behinderung
694 und chronischer Erkrankung: Der Zugang zum Studium darf nicht am Geldbeutel, fehlender
695 Beratung oder mangelnder Barrierefreiheit scheitern. Wir bauen gezielte
696 Unterstützungsprogramme, bessere Beratung und konsequente Barrierefreiheit aus. Auch Hürden
697 innerhalb des Studiums schaffen wir ab. Starre Begrenzungen von Prüfungsversuchen können
698 dazu führen, dass eine einzelne Prüfung über das endgültige Scheitern eines ganzen Studiums
699 entscheidet. Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass Modulprüfungen ohne starre Obergrenze
700 für die Prüfungsversuche wiederholt werden können. Nach wiederholten Fehlversuchen soll eine
701 verbindliche Studienberatung gemeinsam mit den Studierenden Wege für einen erfolgreichen
702 Studienverlauf aufzeigen.

703 Hochschulen unterstützen wir dabei, sowohl Studierende als auch Beschäftigte dort zu
704 unterstützen, wo sie Bedarfe haben.

705 Gute Studienbedingungen beginnen bei Wohnen, Mensa und Beratung. Ihr soziales Rückgrat sind
706 die Studierendenwerke. Auf Grundlage der Organisationsuntersuchungen haben wir ihre
707 Modernisierung bereits angestoßen. Diesen Weg setzen wir fort: Wir stärken ihre
708 Zusammenarbeit und Digitalisierung, schaffen mehr Planungssicherheit und entwickeln ihre
709 Finanzierung und Strukturen so weiter, dass bezahlbares Essen, Wohnraum, Beratung und
710 weitere soziale Angebote dauerhaft gesichert werden können. Dabei rücken wir die psychische
711 Gesundheit von Studierenden stärker in den Fokus.

712 Hochschulen als Orte der Demokratie stärken

713 Wir schützen die Freiheit und Vielfalt in der Wissenschaft. Wissenschaft kann nur auf dem
714 Boden des Grundgesetzes stattfinden, denn die Wissenschaftsfreiheit und die freie Berufswahl
715 sind ihre Grundpfeiler. Der Unterwanderung von Hochschulen durch Rechtsextreme setzen wir
716 uns gemeinsam entgegen. Antisemitismus hat an unseren Hochschulen ebenfalls keinen Platz.
717 Wir unterstützen die Hochschulen darin, Studierende und Beschäftigte effektiv vor
718 Diskriminierung und Gewalt zu schützen und Vorfälle konsequent zu ahnden. Der
719 Wissenschaftsspionage durch ausländische Mächte begegnen wir mit abgestimmten Strategien.
720 Unsere Hochschulen erhalten dabei klare Rückendeckung. Wir unterstützen die Wissenschaft
721 dabei, noch besser in die Gesellschaft zu kommunizieren, und stärken die Demokratiebildung
722 an den Hochschulen.